

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Inpressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 14. März 1989

Blatt 496

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

- Zilk zu EG-Beitritt: Seriöse Diskussion wichtiger als Debatte über „Brief“ (502)
- Österreichischer Städtebund zu EG und Föderalismus (502/503)

Kommunal/Lokal:

- Kraftwerk Donaustadt: Stickoxide um 90 Prozent reduziert (498)
- Schwerpunktaktionen gegen Schwarzmarkt am Mexikoplatz (499/500)
- Schirmer gegen Verlegung des Flohmarkts (500)
- Chemischputzereien als Umwelt-Belaster (501)

Bezirke:

- Sitzungen von Bezirksvertretungen (501)

Kultur:

- „Literatur im März“ am Mittwoch (497)

„Literatur im März“ am Mittwoch

Wien, 14.3. (RK-KULTUR) Lesungen von Fred WANDER, Marie-Therese KERSCHBAUMER und Heiner MÜLLER stehen unter anderem auf dem Programm der „Literatur im März“ am Mittwoch.

Der Programmablauf:

- 9.00 Uhr: Fred Wander
liest aus Der siebente Brunnen
- 10.00 Uhr: Ernst Wangermann
Jakobinische Literatur in Wien
- 11.00 Uhr: Wie man Gedichte lesen kann —
mit Crescentia Dünßer und Otto Kukla
- 17.00 Uhr: Crescentia Dünßer und Otto Kukla lesen aus dem Roman
Die Ästhetik des Widerstands von Peter Weiss
- 18.00 Uhr: Fred Wander liest aus dem Roman-Manuskript resistance
- 19.00 Uhr: Marie-Therese Kerschbaumer liest aus dem Prosapoem über
den Spanischen Bürgerkrieg Versuchung/Winterreise
- 20.00 Uhr: Heiner Müller liest aus den Revolutionsstücken
(Schluß) gab 'rr

Kraftwerk Donaustadt: Stickoxide um 90 Prozent reduziert

Wien, 14.3. (RK-KOMMUNAL) 1985 war der Startschuß für das großangelegte Umweltschutzprogramm der Wiener E-Werke gefallen, nun konnte im Kraftwerk Donaustadt der Abschluß dieser Maßnahmen begangen werden. Das Ergebnis: Mit einem finanziellen Aufwand von 461 Millionen Schilling konnten die Stickoxidemissionen des Kraftwerkes Donaustadt gegenüber 1985 um 90 Prozent gesenkt werden. Die Emissionen liegen jetzt unter 100 Milligramm NO_x pro Kubikmeter. Dieser Erfolg ist für ein bestehendes, 15 Jahre altes Dampfkraftwerk europaweit einmalig, das Kraftwerk Donaustadt hat mit dieser radikalen Senkung der Emissionen eine echte Vorreiterrolle übernommen, berichtete Energiestadtrat Johann HATZL Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters.

Während die Höhe der Schwefeldioxidemissionen ausschließlich von der Zusammensetzung des verfeuerten Brennstoffes abhängt und in den Wiener Kraftwerken durch den schrittweisen Umstieg auf den umweltfreundlichen Brennstoff Erdgas bereits drastisch reduziert wurde, werden die Stickoxidemissionen auch von der Konstruktion der Feuerungseinrichtungen und von der Führung des Verbrennungsvorganges beeinflusst. Reduktionen sind nur möglich durch Änderungen an den Feuerungsanlagen oder durch den Einbau nachgeschalteter Entstickungsanlagen. Obwohl die Kraftwerke in Österreich mit nur rund sieben Prozent einen relativ niedrigen Anteil an den gesamten Stickoxidemissionen haben, begannen die Wiener E-Werke 1985 mit Maßnahmen zur Senkung dieser Emissionen.

In den Jahren 1985 und 1986 wurden als Primärmaßnahmen die Kesselfeuerungsanlagen beider Blockkraftwerke im Kraftwerk Donaustadt mit stickoxidarmen Brennern ausgestattet. Durch die verzögerte Verbrennung an diesen „Mehrschichtbrennern“ wurde eine Senkung der Flammentemperatur und damit eine Verminderung der Stickoxidbildung erreicht.

Als zweite Stufe der Stickoxidreduktion wurde als Sekundärmaßnahme der Einbau von Rauchgasfiltern nach dem „SCR-Prinzip“ (SCR bedeutet Selective Catalytic Reduction) bei jedem Kessel vorgenommen. Das Verfahren beruht auf der Aufspaltung der Stickoxide in die neutralen Luftbestandteile Stickstoff und Wasser. Zur Spaltung der NO_x-haltigen Abgase bedarf es Katalysatoren, die jeweils außen an die Kesselanlagen der Blockkraftwerke 1 und 2 im Kraftwerk Donaustadt angebaut wurden.

Im Kraftwerk Donaustadt wurden erstmalig in Österreich bei bestehenden Kraftwerksblöcken beide NO_x-Reduktionsmaßnahmen, also sowohl auf der Primärseite — bei der Verbrennung selbst — als auch auf der Sekundärseite — nach der Verbrennung — eingesetzt. Im Block 2 wurde der Rauchgasfilter im November 1987 und im Block 1 im Juli 1988 in Betrieb genommen. Mit der Inbetriebnahme einer neuen Notstromdieselanlage, die im Zusammenhang mit dem Einbau der Katalysatoren erforderlich wurde, konnte nun das Umweltprogramm im Kraftwerk Donaustadt abgeschlossen werden.

15 Jahre Kraftwerk Donaustadt

Der Abschluß des Umweltschutzprogrammes fällt zusammen mit dem 15-jährigen Bestand des Kraftwerkes Donaustadt. Seit ihrer Inbetriebnahme waren die beiden Blöcke zusammen rund 160.000 Stunden in Betrieb. Sie haben dabei etwa 18.800.000.000 Kilowattstunden Strom erzeugt. Mit dieser Strommenge könnte man ganz Österreich fünf Monate lang versorgen.

Das Kraftwerk Donaustadt besteht aus zwei gleichen Kraftwerksblöcken mit einer Leistung von je 150 Megawatt. Als Primärenergie werden Erdgas und bei geringem Gasangebot Heizöl schwer mit sehr niederem Schwefelgehalt eingesetzt. Die Steuerung beider Blöcke ist mit Prozeßrechnern weitgehend automatisiert. Das benötigte Kühlwasser wird über ein Entnahmebauwerk mit Pumpen und Reinigungsanlagen der Donau entnommen.

Ein Detail am Rande: Seit dem Bestehen des Kraftwerkes Donaustadt ist der Strombedarf in Wien um 61 Prozent gestiegen. (Forts. mgl.) roh/ke

Schwerpunktaktionen gegen Schwarzmarkt am Mexikoplatz

Wien, 14.3. (RK-KOMMUNAL) Die erfreuliche Öffnung der östlichen Grenzen hat Wien vor allem am Mexikoplatz, aber auch am Flohmarkt größere Probleme mit dem Schwarzmarkt gebracht. Speziell der Mexikoplatz hat sich den letzten Monaten zu einem Zentrum des illegalen Handels entwickelt. Nicht nur einzelne Gäste aus östlichen Ländern, die wie früher die Devisen für ihren Österreich-Aufenthalt durch Warenverkauf verdienen wollten, sondern schon organisierter Handel befindet sich am Mexikoplatz. Da auch bei den WienerInnen entsprechend Nachfrage nach den angebotenen Waren — von Zigaretten über Salami bis zu Alkoholika, von Selbstgestricktem über Bettwäsche bis zu Glaswaren — herrscht, hat sich dieser Schwarzmarkt immer mehr ausgeweitet und hat zur Belästigung der Anrainer geführt. „Auch die Sorge, daß die Zustände am Mexikoplatz bei den WienerInnen zu verstärkter Ausländerfeindlichkeit führen könnten, und der nicht tolerierbar fast gewerbsmäßige Schwarzhandel erfordern ständig Maßnahmen. Zusätzlich zu den in letzter Zeit bereits durchgeführten Schwerpunktaktionen von Zoll, Polizei und Marktamt werden nun weitere konzentrierte Einsätze stattfinden. Außerdem werden wir mit Flugblättern an den Grenzen, wie auch in Wien, auf das Verbot des illegalen Handels hinweisen“, betonte Stadträtin Christine SCHIRMER Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters. Durch eigene Tafeln, die in der Umgebung des Mexikoplatzes aufgestellt werden, sollen VerkäuferInnen wie KundInnen darauf aufmerksam gemacht werden, daß sie sich strafbar machen.

Das Problem existiert bereits seit längerem, wird aber in den letzten Monaten zunehmend größer: Waren es früher einzelne OstblocktouristInnen, die am Mexikoplatz persönliche Gegenstände, Salami, Wodka usw. verkauften, um so ihren Aufenthalt zu finanzieren, so kommen jetzt mehr und mehr Menschen — teilweise per Bus, per PKW, per Bahn oder per Schiff — auf den Mexikoplatz, um Waren zu verkaufen. Teilweise sind es offenbar bereits organisierte Händlerringe.

Da es dem Zoll an der Grenze nicht immer gelingt, alle geschmuggelten Waren zu finden, und manche Produkte auch als zollfreies Reisegut bzw. sogar verzollt nach Österreich gebracht werden, hat sich in Wien, wie in anderen europäischen Großstädten, ein reger Schwarzmarkt entwickelt. Die Folge: teilweise befinden sich bis zu 1.500 Menschen, SchwarzhändlerInnen wie KäuferInnen, am Mexikoplatz, ein für die BewohnerInnen der Umgebung unhaltbarer Zustand.

Daher werden nun verstärkt Schwerpunktaktionen durchgeführt, bei denen Zollbehörde, Polizei und Marktamt gemeinsam agieren.

Die gemeinsame Vorgangsweise ist notwendig, da die Polizei z.B. die HändlerInnen und KäuferInnen — denn auch wer als ÖsterreicherIn geschmuggelte Waren erwirbt, macht sich strafbar! — nicht wegen Schmuggels strafen kann, die Zollbehörde wieder nicht gegen falsch geparkte Autos einschreiten, und das Marktamt z.B. niemanden zur Ausweisleistung zwingen kann. Gesetzliche Möglichkeiten, zu strafen, gibt es:

Für diverses Reisegut gilt zwar Zollfreiheit. Der Verkauf von zollfreiem Reisegut in Österreich verstößt aber gegen die Bestimmungen des Finanzstrafgesetzes. Diese Hinterziehung von Einnahmen wird gestraft. Hat also ein/e TouristIn den mitgebrachten Wodka als Reisegut deklariert und will ihn dennoch am Mexikoplatz verkaufen, so machter/sie sich strafbar. Zwar gilt es als Bagatelldelikt, aber die Strafe kann bis zum Doppelten der „Eingangsgabgabe“, also der beim Verzollen eingehobenen Summe, betragen — im Durchschnitt einige hundert Schilling.

Unabhängig davon ist auch der Ankauf von geschmuggelten Waren strafbar.

Generell sind neben Geldstrafen auch der Verfall von Gegenständen sowie die Verurteilung zu Freiheitsstrafen möglich.

Teilweise verzollten Reisende und Reisegruppen die nach Österreich eingeführten Waren aber auch, womit die Zollfahndung nicht mehr einschreiten kann. In diesen Fällen besteht aber der Verdacht auf gewerbsmäßigen Handel bzw. Verstoß gegen gewerberechtliche Bestimmungen. In diesen Fällen kann das Marktamt, mit Unterstützung des Magistratischen Bezirksamtes, dessen MitarbeiterInnen ebenfalls an den Schwerpunktkontrollen teilnehmen werden, strafen. Unter anderem wird das Mobile Büro des Bürgerdienstes während der Schwerpunktaktionen am Mexikoplatz eingesetzt werden. (Forts. mgl.) hrs/ke

Forts. von Blatt 499

Schirmer gegen Verlegung des Flohmarkts

Wien, 14.3. (RK-KOMMUNAL) Gegen die Verlegung des Flohmarktes sprach sich die für die Märkte zuständige Stadträtin Christine SCHIRMER beim Bürgermeister-Pressesgespräch aus. Es sei keine Lösung, zu sagen, die Altkleider mögen in Simmering und die alten Möbel am Donaukanal verkauft werden. Der Flohmarkt solle belassen werden, die rundherum entstehenden Probleme müsse man in den Griff bekommen. Schirmer wies auch darauf hin, daß sich auch die Altwaren- und Antiquitätenhändler gegen die vom 6. Bezirk geforderte Teilung des Flohmarkts ausgesprochen haben. (Schluß) hrs/rr

Chemischputzereien als Umwelt-Belaster

Wien, 14.3. (RK-KOMMUNAL) Die Magistratsabteilung 36 (Technische Gewerbeangelegenheiten und Feuerpolizei) hat in ihrer Funktion als Gewerbebehörde auch die Überprüfung von Chemischputzereien durchzuführen. Bei diesen regelmäßig durchgeführten Prüfungen wurden in der letzten Zeit zwei Fälle extremer Umweltbelastungen aufgedeckt, wobei der Verdacht auf Umweltkriminalität besteht. Die Magistratsabteilung 36 hat daher die beiden im Verdacht der Umweltkriminalität stehenden Chemischputzereien bei den zuständigen Magistratischen Bezirksämtern gemeldet, die auch Anzeige erstatten werden. Bei den Überprüfungen der Abluft nach der Abluftreinigungsanlage wurden in beiden Fällen Überschreitungen des „Per“-Gehaltes von 30 ppm um ein Vielfaches festgestellt. Der ressortzuständige Stadtrat Dr. Hannes SWOBODA stellte in diesem Zusammenhang fest, daß die rund 300 Chemischputzer in Wien in der nächsten Zeit verstärkt mit Kontrollen seitens der Magistratsabteilung 36 und bei nicht den gesetzlichen Bestimmungen entsprechenden Anlagen mit Anzeigen zu rechnen haben. (Schluß) lf/rr

Sitzungen von Bezirksvertretungen

Wien, 14.3. (RK-BEZIRKE) Die Bezirksvertretungen folgender Bezirke treten in nächster Zeit zu einer Sitzung zusammen:

BRIGITTENAU: Mittwoch, 15. März, 18 Uhr, BV 20, Brigittaplatz 10;

WIEDEN: Donnerstag, 16. März, 18 Uhr, BV 4, Favoritenstraße 18.

(Schluß) end/rr

Zilk zu EG-Beitritt: Serlöse Information wichtiger als Debatte über „Brief“

Wien, 14.3. (RK-POLITIK) Die Äußerung des designierten Salzburger Landeshauptmannes Dr. Hans KATSCHTHALER, er sei gegen einen EG-Beitritt um jeden Preis, nahm Wiens Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK am Dienstag in seinem Pressegespräch zum Anlaß für eine grundsätzliche Stellungnahme zur EG-Debatte. Zilk, der sich der zitierten Meinung Katschthalers anschloß, sagte, der EG-Beitritt sei möglicherweise eine Notwendigkeit; darüber müsse man diskutieren; er, Zilk, sei auch keineswegs ein EG-Gegner um jeden Preis: „Aber man muß den Menschen endlich sagen, was ein EG-Beitritt Österreichs tatsächlich bedeuten würde, welche Auswirkungen er hätte. Die bisherige Debatte, wer wann einen Brief abschickt, ist eher eine Pflanzerei gewesen,“ sagte der Wiener Landeshauptmann.

Auswirkungen im Umwelt- und Lebensmittelbereich

Zilk nannte als Beispiele für Bereiche, in denen Österreich mit gravierenden Auswirkungen eines EG-Beitrittes zu rechnen hätte, die Lebensmittelqualität sowie den Umweltschutz. Zilk: „Bei der Qualität der Lebensmittel und der Lebensmittelkontrollen müßte sich die EG schon eher an uns anpassen, um europareif zu werden.“ So strebe die EG beispielsweise derzeit 2,5 Proben pro Jahr und tausend Einwohner an, in Wien sind es 13,5. Die Fleischschau, bei uns eine Selbstverständlichkeit, werde in vielen EG-Ländern nicht regelmäßig durchgeführt. Im Bereich des Umweltschutzes gelten in EG-Ländern vielfach höhere oder gar keine Grenzwerte für die Emission von Schadstoffen.

Zilk: „Auf dem Umwelt- und Lebensmittelsektor würde in Österreich durch einen EG-Beitritt sehr vieles in Frage gestellt werden. Ich bin deshalb noch keineswegs ein unbedingter EG-Gegner, doch müssen wir die Vor- und Nachteile eines Anschlusses sehr genau abwägen.“

Keinerlei Konzession dürfe es allerdings bei der Neutralität geben, eine Neu- oder Uminterpretation dürfe keinesfalls in Frage kommen, betonte Zilk, der sich dafür aussprach, in der EG-Frage doch auch ein wenig auf die Haltung der Schweiz zu schauen. Grundsätzlich sei in Europa soviel in Bewegung gekommen, daß sich künftige Entwicklungen nicht auf die Frage eines EG-Beitrittes allein reduzieren lassen. Ratschläge aus der EG hinsichtlich einer Zusammenarbeit der europäischen Nicht-EG-Länder sollte man jedenfalls ernst nehmen, betonte Zilk.

(Siehe auch RK „Österreichischer Städtebund zu EG und Föderalismus“).
(Schluß) ger/bs

österreichischer Städtebund zu EG und Föderalismus

Konsens über Beteiligung der Gemeinden bei weiteren Integrationsschritten

Wien, 14.3. (RK-POLITIK) Ende November 1988 ist Bürgermeister Dr. Helmut ZILK in seiner Funktion als Präsident des Österreichischen Städtebundes an Bundesminister Dr. Heinrich NEISSER mit dem Ersuchen herantreten, im Zuge der Integrationsüberlegungen auch die möglichen Auswirkungen auf die Gemeinden zu berücksichtigen und die Vertreter des Städtebundes zu den Beratungen beizuziehen.

Am 10. März wurde nunmehr unter dem Vorsitz von Bundesminister Neisser Einigung über den „Föderalismusbericht“ der Bundesregierung erzielt, in

dem unter anderem festgestellt wird, daß sich Auswirkungen auf die Gemeinden vor allem in den Bereichen

- Gemeindefinanzen,
 - Öffentliches Vergabewesen,
 - Beihilfen, insbesondere im Rahmen der Wirtschaftsförderung und
 - Dienstrecht
- ergeben dürften.

Im Bereich des Vergabewesens erwarten Experten, daß durch den verstärkten internationalen Wettbewerb zwar ein Druck auf die Preise entstehen wird, es jedoch zu befürchten ist, daß die Vergabe von Aufträgen durch den EG-Bürokratismus und durch neu hinzukommende Schiedsinstanzen wesentlich komplizierter und länger dauern wird. Dieses Problem könnte auf Österreichs Gemeinden auch schon zukommen, wenn es zwischen EFTA und EG zu einer intensiveren Zusammenarbeit kommt.

Darüber hinaus würde es bei Förderungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Betriebsansiedlungen notwendig werden, die Zustimmung der EG einzuholen. Solche Verfahren können nach dem derzeitigen Stand der Dinge bis zu einem Jahr dauern.

Die Fähigkeit der Gemeinden, rasch im Sinne der Bürger zu agieren und eine aktive, lokale Vollbeschäftigungspolitik zu betreiben, würde somit beeinträchtigt. Hier wäre bei einer EG-Annäherung ein Eingriff in die Gemeindeautonomie zu erwarten.

Im „Föderalismus und EG-Bericht“ wird nunmehr ausdrücklich anerkannt, daß die Gemeinden ein Bedürfnis nach umfassender Information und Berücksichtigung der von ihnen artikulierten Anliegen haben. Dies gilt sowohl für die Phase der Integrationsverhandlungen als auch für die Phase der tatsächlichen Teilnahme am EG-Binnenmarkt.

Zilk: „Wir werden den Bund in allen für die Gemeinden wichtigen Punkten ersuchen, bei den zu führenden Verhandlungen mit EFTA und EG auf die berechtigten Anliegen Rücksicht zu nehmen. Damit würde Österreich auch der Stärkung der föderalen Struktur in Europa einen guten Dienst erweisen.“

Keine Einigung über Beteiligung der Gemeinden am Mitgliedsbeitrag zur EG

Keine Einigung gibt es jedoch in Fragen des EG-Mitgliedsbeitrages. Zwischen Bund, Ländern und Gemeinden besteht zwar weitgehende Übereinstimmung darüber, daß finanzielle Belastungen und Erträge, die aus abgabenrechtlichen Maßnahmen im Zusammenhang mit der europäischen Integration entstehen, nach dem Anteil der Gebietskörperschaften am Abgabenertrag aufgeteilt werden. Der Österreichische Städtebund lehnt jedoch eine finanzielle Beteiligung an dem von der Republik Österreich zu leistenden Mitgliedsbeitrag von über 20 Milliarden Schilling grundsätzlich ab. Den Gemeinden würde eine solche Beteiligung jährlich 2 Milliarden Schilling kosten. Diese Auffassung wird vom Österreichischen Gemeindebund mitgetragen. Generalsekretär Dr. Erich PRAMBÖCK: „Es wäre in Europa einzigartig, wenn die Gemeinden den EG-Mitgliedsbeitrag der Staaten mitfinanzieren würden. In keinem europäischen Land, auch nicht in der Bundesrepublik Deutschland mit ihren föderalen Strukturen, zahlen die Gemeinden einen Teil des EG-Mitgliedsbeitrages. Mitglied der EG wäre die Republik Österreich, die auch Aufgaben an die Europäischen Gemeinschaften übertragen würde. Bei den Gemeinden ist demgegenüber keine Entlastung abzusehen, ja es würde sogar das kommunale Selbstverwaltungsrecht eingeschränkt.“ (Schluß) stb/gg